

# DIE OHNMACHT JAPANISCHER VERBRAUCHER: ABES FREIHANDELSPOLITIK UND DIE REGULIERUNG GENETISCH VERÄNDERTER LEBENSMITTEL

*Cornelia REIHER*

## 1. EINLEITUNG

Als Premierminister Shinzō Abe im März 2013 verkündete, er plane im Juli desselben Jahres in Verhandlungen über das Trans-Pazifische Freihandelsabkommen (TPP) einzutreten, kamen bei Verbraucherschützern schnell Befürchtungen auf, dass mehr Lebensmittel aus genetisch veränderten Organismen (GVO) Zugang zum japanischen Markt erhalten und eine Schwächung bestehender Standards für die Kennzeichnung und Zulassung von GMO mit sich bringen würden (Reiher 2015). TPP ist ein „Freihandelsabkommen“<sup>1</sup> zwischen zwölf Staaten auf beiden Seiten des Pazifiks, darunter so wichtige Agrarexportländer wie die USA, Kanada und Australien. Hinsichtlich Themen und Reichweite ähnelt es dem derzeit zwischen der EU und den USA verhandelten Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)<sup>2</sup>. TPP gilt als wichtiger Bestandteil des dritten Pfeils der sogenannten „Abenomics“. Damit sind zahlreiche Strukturreformen, die vor allem als Deregulierung verstanden werden, gemeint, die die japanische Wirtschaft wettbe-

---

<sup>1</sup> Natürlich handelt es sich dabei keineswegs um Freihandel, denn viele Zölle und sogenannte nicht-tarifäre Handelsbeschränkungen bleiben auch unter der TPP bestehen. Der englische Begriff *preferential trade agreements* bezeichnet diese Handelsabkommen treffender, denn in den Verhandlungen wurden nur Teilliberalisierungen in ausgewählten Bereichen erreicht. Die Abkommen bevorzugen damit bestimmte Handelspartner gegenüber anderen, mit denen solche Abkommen nicht bestehen (vgl. Horn et al. 2010).

<sup>2</sup> Die TPP-Verhandlungen beinhalten Themen wie den Marktzugang für Güter und Dienstleistungen, Verträge zwischen Staaten und Unternehmen, ausländische Investitionen, technische Handelshemmnisse, handelspolitische Rechtsmittel, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, geistige Eigentumsrechte, Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz (Cooper und Manyin 2012: 2).

werbsfähiger machen sollen.<sup>3</sup> TPP und der Abschluss anderer Freihandelsabkommen sollen zu einer stärkeren Integration Japans in die Weltwirtschaft beitragen (Tiefenbach 2015: 212).

Verbraucherschützer und Landwirtschaftskooperativen kritisierten den Premierminister dafür, dass er mit dem geplanten Beitritt zu TPP sein im Wahlkampf 2012 gegebenes Versprechen, dies nicht zu tun, gebrochen habe und forderten seinen Rücktritt (vgl. z. B. Nihon Shōhisha Renmei 2015; Nōminren 2015). Aber auch zahlreiche große Anti-TPP-Demonstrationen und Unterschriftensammlungen eines Bündnisses aus Gewerkschaften, Landwirtschaftskooperativen (JA), Verbraucherschutzorganisationen und zahlreichen anderen Akteuren seit 2011 (Reiher 2015) konnten weder Japans Eintritt in die Verhandlungen noch die Einigung über das Abkommen im Oktober 2015 in Atlanta verhindern. Die Ratifizierung des Abkommens durch die Parlamente der Mitgliedsstaaten steht noch aus. Im Bereich Landwirtschaft und Ernährung ist vorgesehen die Importzölle für Reis, Rindfleisch und Schweinefleisch und andere ausgewählte Agrarprodukte zu senken, aber in einem viel geringeren Umfang, als die Landwirtschaftslobby befürchtet hatte (Yamashita 2015). Japans Importzoll für Reis bleibt bei den bisherigen 778 Prozent, aber die jährlichen Importquoten für Reis aus den USA und Australien sollen von 50.000 Tonnen auf 70.000 Tonnen bzw. von 6.000 auf 8.400 Tonnen erhöht werden, allerdings über einen Zeitraum von 13 Jahren. Die Importzölle für Rindfleisch werden innerhalb der kommenden 16 Jahre von 38,5 Prozent auf 9 Prozent gesenkt (Rafferty 2015).

GVO und deren Kennzeichnung werden im Kapitel über gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen (*sanitary and phytosanitary measures*, kurz: SPS) des TPP-Vertrags nicht thematisiert (USTR 2015). Vielmehr wird das Thema GVO im Kapitel 2 zum Marktzugang (*National Treatment and Access for Market Goods*) behandelt und damit, so Kritiker, auf der Basis von Kriterien des Marktzugangs beurteilt (Suppan 2015: 1) und nicht danach, ob sie ein Risiko für Gesundheit und Umwelt darstellen. Das TPP-Büro des japanischen Kabinettsbüros (2015) hat diese Problematik bisher nicht erwähnt, sondern lediglich im Oktober 2015 darauf verwiesen, dass das SPS-Kapitel japanische Landwirtschaftsexporte ankurbeln, aber Japans gegenwärtiges Regulierungssystem für die Sicherheit von Lebensmitteln nicht berühren werde. Allerdings hat das Ka-

---

<sup>3</sup> Dazu gehören z. B. die Deregulierung des Energiemarkts und des Gesundheitssektors, eine Reform der japanischen Landwirtschaftskooperativen und deren Dachverbands (*JA Zenchū*), die Senkung der Körperschaftssteuer für Unternehmen zur Verbesserung des Investitionsklimas und Arbeitsmarktreformen (vgl. Tiefenbach 2015).

binettsbüro einen Austausch der TPP-Partner über GVO angekündigt (*Naikakufu Kantei TPP Seifu Taisaku Honbu* 2015: 12), doch bislang fehlen genaue Angaben und Aussagen.

Um die Bedeutung des TPP-Vertrags für die Regulierung von GVO in Lebensmitteln beurteilen zu können, soll in diesem Beitrag zunächst analysiert werden, wie die Zulassung von GVO in Japan erfolgt und welche Rolle Bürokratie, Politik, Wissenschaft und Verbraucher- und Produzenteninteressen in diesem Prozess spielen. Wie, so die zentrale Frage dieses Beitrags, geht die japanische Regierung auf Verbraucherinteressen bei der Zulassung genetisch veränderter Lebensmittel, ein? Wie transparent sind diese Prozesse und welche Partizipationsmöglichkeiten haben japanische Bürger? In Hinblick auf die Politik Abes beleuchtet dieser Beitrag, was TPP als ein Bestandteil des dritten Pfeils der „Abenomics“ für den Verbraucherschutz und die Regulierung von Lebensmittelsicherheit bedeutet, aber auch, welche Kontinuitäten im Hinblick auf die Deregulierung und (Nicht-)Partizipationsmöglichkeiten von Verbrauchern im Regulierungsprozess bestehen. Ich argumentiere, dass der unter Shinzō Abe erfolgte Beitritt zur TPP bereits bestehende Probleme im Regulierungsprozess, insbesondere die mangelnde Partizipationsmöglichkeit für Verbraucher und die Einflussnahme durch Unternehmen, verstärkt, nicht aber verursacht hat. Vielmehr handelt es sich um die Fortsetzung eines Prozesses, der durch den Druck internationaler Organisationen wie der WTO und der OECD im Zuge der Forderung nach einer stärkeren Integration Japans in die Weltwirtschaft und einer Harmonisierung von Standards (nicht nur im Lebensmittelbereich) bereits in den 1990er Jahren begonnen hat.

Der vorliegende Beitrag analysiert, basierend auf Interviews mit Mitgliedern der Food Safety Commission (*Shokuhin Anzen Iinkai*, kurz: FSC) sowie mit Mitgliedern der von ihr eingesetzten Expertenkommission für GVO (*Idenshi Kumikae Shokuhin nado Senmon Chōsakai*), die ich im Juli 2015 führte, wie die Regulierung von GVO in Japan erfolgt. Nach einem Überblick über das Verhältnis von Bürokratie, Verbrauchern und Wissenschaftlern, werde ich die bisherigen Debatten über und die Regulierung von GVO in Japan seit den 1980er Jahren vorstellen. Im Anschluss präsentiere ich anhand von Interviewdaten Einblicke in die Arbeits- und Funktionsweise der Expertenkommission für GVO der FSC. Die Analyse fokussiert auf die Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten der Verbraucher im Regulierungsprozess. Im Fazit werden die Ergebnisse im Hinblick auf mögliche Implikationen für die Regulierung von GVO in Japan im Kontext von TPP bewertet.

## 2. DIE REGULIERUNG VON LEBENSMITTELRIKEN IM SPANNUNGSFELD VON WISSENSCHAFT, VERBRAUCHERN UND BÜROKRATIE: PARTIZIPATION UND TRANSPARENZ

Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten für Verbraucher gelten als Voraussetzung für eine erfolgreiche Regulierung von Lebensmittelrisiken, weil nur so das Vertrauen der Konsumenten in die Sicherheit von Lebensmitteln gewährleistet werden kann (Chen 2008). Das trifft insbesondere auf ein so kontroverses Thema wie GVO zu. Die Auswirkungen von GVO auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt sind unter Wissenschaftlern umstritten (Maclachlan 2006), die Zulassung und die Regulierung von GVO werden in verschiedenen Ländern unterschiedlich gehandhabt. Während in den USA der Grundsatz gilt, dass GVO erlaubt sind, solange nicht wissenschaftlich nachgewiesen worden ist, dass sie schädlich sind, stützte sich die Regulierung in der EU bis 2004<sup>4</sup> auf das Vorsorgeprinzip. Dieses basiert darauf, dass GVO nur zugelassen werden, wenn Unternehmen nachweisen können, dass ihre Produkte gesundheitlich unbedenklich sind. Japan hat sich für einen Mittelweg zwischen diesen beiden Ansätzen entschieden und einen Grenzwert für GVO in Lebensmitteln von 5 Prozent eingeführt (Sato 2007). Aufgrund dieser Unterschiede haben GVO vor allem in den 1990er Jahren für Konflikte insbesondere zwischen den USA und ihren Handelspartnern gesorgt. Heute werden sie vor allem im Zusammenhang mit der Öffnung der Agrarmärkte für ausländische Unternehmen in den Verhandlungen für Abkommen wie TPP oder TTIP thematisiert und haben weltweit Symbolcharakter in der Protestbewegung gegen Freihandelsabkommen erlangt. Für letztere stehen GVO für die Macht transnationaler Konzerne, die mit Hilfe von Freihandelsabkommen Gesetze zum Schutz von Verbrauchern aushebeln wollen.

Grundsätzlich gilt in allen OECD Staaten, dass die Einschätzung von Wissenschaftlern bezüglich der Auswirkungen von GVO auf Umwelt und Gesundheit Argumentationsgrundlage für Entscheidungen für oder gegen den Marktzugang und den Anbau von GVO ist. Die Bewertung der mit

---

<sup>4</sup> 2004 endete das *de facto* GVO-Moratorium der EU über die Beschränkung der Einfuhr von GVO in die EU, das von der WTO für illegal erklärt wurde. Während einige EU-Staaten ein Einfuhrverbot für GVO zunächst aufrechterhielten, lockerte die EU die Bestimmungen. Derzeit sind 58 GVO in der EU zum Verkauf zugelassen. Seit 2015 können EU-Staaten darüber entscheiden, ob sie den Anbau von GVO in ihrem Hoheitsgebiet zulassen (Europäisches Parlament 2015). 2006 entschied die WTO, dass das Importverbot für GVO der EU und einzelner EU-Staaten WTO-Regeln verletze (Papametriou 2014).

GVO verbundenen Risiken ist aber, wie die Bewertung anderer technologische Risiken auch, komplex und mit zahlreichen Unsicherheiten verbunden (Brown 2009: 2). Entsprechend werden Maßnahmen zum Schutz der Lebensmittelsicherheit häufig als das Ergebnis von objektiven wissenschaftlichen Einschätzungen präsentiert, die in Standards, Grenzwerte und Kontrollpraktiken übersetzt werden (Carruth 2006; Echols 2001). Da bei einem wissenschaftlich umstrittenen Thema wie GVO aber keine Einigkeit über mögliche Risiken besteht, befürchtet z. B. Nobuhiro Suzuki, Agrarökonom von der Universität Tokyo, im Zusammenhang mit TPP, dass die USA aus den zahlreichen und oft widersprüchlichen Studien passende wissenschaftliche Daten auswählen und präsentieren könnten, um eine Erleichterung des Marktzugangs für GVO in Japan zu erreichen. Er hält die Rolle von Wissenschaftlern als Experten für die Beurteilung von Lebensmittelrisiken daher für ambivalent (Oyamada 2015: 7).

Brown (2009) zufolge überschreiten Wissenschaftler häufig ihre Fachkompetenz, wenn sie Regierungen und Behörden beraten, weil sie zuweilen Empfehlungen geben, die nicht „rein wissenschaftlich“ sind, sondern auch Werturteile und Empfehlungen für politische Maßnahmen oder die Regulierung enthalten. Darüber hinaus sind auch Wissenschaftler in eine Vielzahl nichtwissenschaftlicher Netzwerke und Verpflichtungen, z. B. gegenüber der Industrie, deren Regulierung sie mitgestalten, verwickelt. Ihr Interesse gilt daher nicht notwendigerweise nur dem Schutz der Gesundheit der Bevölkerung. Lebensmittelsicherheit ist zudem nicht allein Ergebnis „objektiver“ wissenschaftlicher Untersuchungen, sondern von Aushandlungsprozessen, in die zahlreiche weitere Akteure involviert sind. Dazu zählen insbesondere die Lebensmittel verarbeitende Industrie, die Regierung, die Öffentlichkeit, Produzenten und viele mehr (Busch 2004: 177). Weil Lebensmittelsicherheitsstandards sowohl technische als auch moralische Projekte sind, wird vielfach gefordert, dass Institutionen, die diese Standards festlegen, so gestaltet sein sollten, dass sowohl Experten als auch die Öffentlichkeit partizipieren können (Busch 2013: 286). Kropp und Wagner (2010: 813) zufolge hat die Bedeutung von Wissenschaftlern in politischen Entscheidungsprozessen und in der Politikberatung weltweit in den letzten Jahren stark zugenommen, nicht aber in einem vergleichbaren Maße die der Verbraucher.

Entscheidungen über die Zulassung von GVO werden in den meisten Ländern ausschließlich von staatlichen Behörden gefällt.<sup>5</sup> Während Wissenschaftler in Expertengremien mitbestimmen können, haben Verbraucher wenig Einblick in die Zulassungsverfahren. Insbesondere der japanischen Verwaltung wurde immer wieder Intransparenz bescheinigt

---

<sup>5</sup> In der EU ist dafür die EFSA (*European Food Safety Authority*) zuständig.

(OECD 2004). In Japan sollte das Gesetz über die Informationsoffenlegung (*Jōhō Kōkai-hō*) von 1999 den Zugang der Bürger zu administrativen Informationen erleichtern (Hüstebeck 2014: 15) und dadurch für mehr Transparenz sorgen. Gleichzeitig wurden *public comments* eingeführt, d. h. verpflichtende Konsultationen der Öffentlichkeit zu Gesetzen und Direktiven (OECD 2004: 15). Danach muss, bevor ein Verwaltungsorgan eine Direktive erlässt, der Inhalt veröffentlicht und der „Öffentlichkeit“ Gelegenheit gegeben werden, darauf zu reagieren. Die eingegangenen Kommentare und die Reaktion der Behörde auf die Kommentare müssen ebenfalls publiziert werden (Kadomatsu 2011: 10). *Public comments* können in Form von Briefen, Faxen oder via Email an die entsprechenden Behörden eingereicht werden, mitunter finden auch öffentliche Anhörungen statt (OECD 2004: 22). Allerdings gilt der Beitrag von *public comments* zur Verbesserung der Transparenz der japanischen Verwaltung als begrenzt. Kadomatsu zufolge fänden sie oft erst statt, wenn der Abschlussbericht bereits vorliege und es für die beteiligten Behörden schwierig sei, noch grundlegende Änderungen vorzunehmen (Kadomatsu 2011: 11). Dazu kommt, dass *public comments* zwar gesetzlich verankert wurden, nicht aber das Recht auf Partizipation von Bürgern (*sankaken*) auf zentralstaatlicher Ebene (Kadomatsu 2011: 11). Bürgerpartizipation an politischen Entscheidungsprozessen wird in Japan vor allem auf lokaler Ebene praktiziert, hängt dabei aber auch immer von der Bereitschaft der jeweiligen Lokalverwaltung ab, Bürgerbeteiligung zuzulassen. Die Debatte über Bürgerpartizipation an Entscheidungsprozessen seit den späten 1990er Jahren steht in engem Zusammenhang mit Reformen zur Dezentralisierung der japanischen Verwaltung. Mit Bürgerpartizipation ist aber nicht nur die Partizipation individueller Bürger gemeint, sondern vor allem auch die Partizipation von zivilgesellschaftlichen Organisationen (Hüstebeck 2014). Im Zusammenhang mit Entscheidungen über die Zulassung von GVOs sind Verbraucherschutzorganisationen bedeutsam, die sich durch die langjährige Beschäftigung mit dem Thema und die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern Expertise erarbeitet haben.

### 3. DIE DEBATTE UM GENETISCH VERÄNDERTE LEBENSMITTEL IN JAPAN

Seit Mitte der 1980er Jahre fördert die japanische Regierung die Entwicklung von Biotechnologie im Lebensmittelbereich. Anfangs waren vor allem die Präfekturverwaltungen, Forschungsinstitute des MAFF und die Privatwirtschaft in die Entwicklung von genetisch veränderten Nutzpflanzen involviert (Sato 2007). In dieser Zeit war die öffentliche Meinung

in Japan GVOs gegenüber eher aufgeschlossen. Es dominierte die Vorstellung, dass Biotechnologie die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Lebensmittelindustrie und der Landwirtschaft befördern würde (Yamaguchi und Suda 2010). Als Mitte der 1990er Jahre amerikanische Behörden genetisch veränderten Mais, Sojabohnen, Raps und Baumwolle genehmigten, hatte das auch für japanische Konsumenten Folgen, denn die japanische Regierung erlaubte 1996 den Import genetisch veränderter Agrarprodukte. Mit seiner niedrigen Selbstversorgungsrate von 39 Prozent (MAFF 2013) importiert Japan große Mengen dieser Agrarprodukte (Yasuda 2012: 48, 60). In dieser Zeit wandelte sich jedoch die öffentliche Meinung hin zu einer ablehnenden Haltung gegenüber GVOs. Zugleich kam die Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel auf, die GVOs enthalten, da die Konsumenten das Recht hätten, selbst zu entscheiden, ob sie GVOs konsumieren wollten. Konsumentenbefragungen zufolge standen 70 bis 80 Prozent der Befragten GVO ablehnend gegenüber (Nishizawa 2005: 480). Die Verbraucherbewegung, die sich seit Ende der 1990er Jahre für eine Kennzeichnungspflicht von GVOs einsetzte, erreichte diese 2001 für Lebensmittel, die mehr als 5 Prozent GVO enthalten<sup>6</sup> (Chan 2008: 136). An den Protesten beteiligten sich auch viele Konsumgenossenschaften, wie z. B. *Seikyō*, die in den frühen 2000er Jahren durch Boykotte viele Unternehmen zu einer Abkehr von der Verwendung genetisch veränderter Zutaten für ihre Lebensmittel brachten (Hartmann 2003). Unternehmen wie Mitsui, Mitsubishi Chemical und Takii stellten ihre Biotechnologieprogramme ein (Yamaguchi und Suda 2010: 392). MacLachlan (2006: 249–253) weist darauf hin, dass die Proteste für eine Kennzeichnung von GVO so erfolgreich waren, weil es hauptsächlich um importierte Lebensmittel ging und eine Regulierung von Importen auch im Interesse der japanischen Agrarlobby und der Lebensmittelindustrie lag. Gleichzeitig förderte die japanische Regierung aber die einheimische Biotechnologiebranche weiter. Dies führte zu zahlreichen Protesten gegen Feldversuche mit GVO in Japan.

Die japanische Regierung reagierte auf den Umschwung in der öffentlichen Meinung, indem sie 1997 die Arbeitsgruppe für GVO einberief, die dem MAFF unterstand, um ein Konzept für die Kennzeichnung von GVO in Lebensmitteln zu erarbeiten (Yamaguchi und Suda 2010: 389). Aber erst nachdem im Jahr 2000 GVO in Lebensmitteln aus Mais der Marke StarLink von Aventis gefunden worden waren, wurde 2001 das Gesetz für die Kennzeichnung von GVO verabschiedet. Ein weiterer Schritt zur Regulierung von GVO war die Einführung einer verpflichtenden Risiko-

---

<sup>6</sup> Zum Vergleich: In der EU liegt der Grenzwert für die Kennzeichnungspflicht derzeit bei 0,9 Prozent.

bewertung der Auswirkungen von GVOs auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit, die seit 2004 in Kraft ist. Doch im Laufe der Institutionalisierung der Risikobewertung von GVOs durch die FSC entstanden im öffentlichen Diskurs zunehmend Spannungen zwischen Verbrauchersorgen und Wissenschaft. Yamaguchi und Suda (2010: 396) stellen fest, dass staatlicherseits seit 2003 soziale, politische und ökonomische Zusammenhänge zunehmend mit dem Verweis auf die Wissenschaftlichkeit der Zulassungsverfahren und Grenzwerte aus dem Diskurs ausgeschlossen werden.

Aktuell sind in Japan acht gentechnisch veränderte Kulturpflanzen zum Verkauf zugelassen: Sojabohnen, Mais, Raps, Kartoffeln, Zuckerrübe, Baumwolle, Alfalfa-Sprossen und Papaya. Im Lande selbst angebaut wird aber nur eine Sorte gentechnisch veränderter roter Rosen, obwohl es möglich wäre, auch die acht zum Verkauf zugelassenen Pflanzen anzubauen (MHLW 2010: 6). Die Debatte über GVO und deren Kennzeichnungspflicht entflammte erneut, als 2011 der damalige Premierminister Noda ankündigte, er erwäge den Eintritt Japans in die TPP-Verhandlungen. Verbraucherschützer und Medien befürchteten die Aufweichung der Kennzeichnungsstandards und eine Überflutung des japanischen Marktes mit genetisch veränderten Agrarimporten aus den USA (Reiher 2015).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Konsumenten in der Vergangenheit einen Einfluss auf die Einführung eines Regulierungssystems für GVOs hatten, weil GVO eng mit dem Lebensmittelhandel verbunden sind (Maclachlan 2006). Seit Einführung des wissenschaftlichen Risikobewertungssystems für GVO sind die Partizipationsmöglichkeiten für Konsumenten aber limitiert. Das hängt mit dem Wandel in der Debatte um GVO zusammen, die sich von den Bedürfnissen und Interessen der Konsumenten zugunsten eines technokratischen Regulierungssystems verschoben hat (Yamaguchi und Suda 2010), das ich im Anschluss am Beispiel der Expertenkommission für GVO in der FSC vorstelle.

#### 4. DIE EXPERTENKOMMISSION DER FOOD SAFETY COMMISSION FÜR GENETISCH VERÄNDERTE LEBENSMITTEL

Laut Kapitel eins des japanischen Lebensmittelhygienegesetzes liegt die Verantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit von Lebensmitteln und der Gesundheit der Bürger sowie für die Vermittlung „richtigen“ Wissens über Lebensmittelsicherheit beim japanischen Staat, den Präfekturen und Kommunen (Shokuhin Eisei-hō 1948, Kapitel 1 Art. 1 und 2). Grenzwerte und Standards für Lebensmittelsicherheit werden auf zent-

ralstaatlicher Ebene vom Ministry of Health, Labour and Welfare (MHLW) basierend auf einer Risikoeinschätzung der FSC, festgelegt. Vor der Gründung der FSC wurde die Risikobewertung von MHLW und MAFF gemeinsam durchgeführt.

Im Jahr 2003 wurde das Rahmengesetz zur Lebensmittelsicherheit (*Shokuhin Anzen Kihon-hō*) verabschiedet, welches die Gründung der FSC vorsah und deren Funktionen und Aufbau definierte (*Shokuhin Kihon-hō* 2003). Die FSC ist dem Kabinettsbüro zugeordnet und besteht aus sieben vom Parlament gewählten Kommissaren<sup>7</sup>, 12 Expertenkommissionen und einem Sekretariat mit mehreren Abteilungen. Die Mitglieder der Expertenkommissionen werden nicht gewählt, sondern vom Sekretariat der FSC ernannt. Die Beamten, die im Sekretariat arbeiten, rotieren zwischen verschiedenen staatlichen Behörden oder Ministerien, ein Großteil kommt aus dem MAFF. Aufträge für eine Risikobewertung durch die FSC werden von MAFF oder MHLW erteilt. Nur sehr selten initiiert die FSC selbst eine Risikoanalyse, so ein Mitarbeiter der FSC (Interview Nakahara<sup>8</sup> 2015). Die eigentliche Risikobewertung erfolgt ausschließlich in den Expertenkommissionen. Über die auf der Basis der Risikobewertung der FSC durch das MHLW festgelegten Standards wird nicht im Parlament abgestimmt (ebd.).

Die FSC orientiert sich stark am Modell der Risikoanalyse der *Codex Alimentarius Commission*, die auf internationaler Ebene Standards und Grenzwerte für Lebensmittelsicherheit setzt, die im Konfliktfall von der WTO als Referenz zur Schlichtung von Handelsstreitigkeiten herangezogen werden. Die Risikoanalyse besteht aus drei Stufen: *risk assessment*, *risk management* und *risk communication* (Yamaguchi 2014: 169): die Risikoanalyse stützt sich dabei auf wissenschaftliche Untersuchungsmethoden und entwickelt Maßnahmen für Lösungen für Probleme im Bereich der Lebensmittelsicherheit (FAO/WHO 2006). Laut Yamaguchi (2014) steht die Einführung dieser wissenschaftlichen Risikoanalyse, die auch auf der Annahme basiert, dass es ein Nullrisiko nicht geben kann, in Konflikt mit dem Konzept der tatsächlichen und gefühlten Sicherheit (*anzen anshin*), auf dessen Basis bis dahin die Regulierung von Lebensmittelrisiken erfolgte. Demnach wurde Sicherheit zuvor nicht nur als wissenschaftliches Konzept, sondern auch als soziales Bedürfnis konzipiert und entsprechend behandelt. Dieser Paradigmenwechsel sei aber nur halbherzig

---

<sup>7</sup> Die Kommissare überwachen die Arbeit der Expertenkommissionen, beraten über deren Risikobewertungen, formulieren Empfehlungen an die relevanten Ministerien und kommunizieren mit Ministerien, dem Parlament oder dem Kabinettsbüro.

<sup>8</sup> Die Namen der Interviewpartner sind Pseudonyme.

kommuniziert und das tatsächliche Risikomanagement in einigen Fällen weiterhin zugunsten der sozialen Erwartungshaltung in der japanischen Bevölkerung durchgeführt worden (ebd.: 170). Das sei besonders am Beispiel BSE deutlich geworden<sup>9</sup> und zeige, dass Entscheidungen der FSC und des MHLW nie rein technisch oder wissenschaftlich sind. Tatsächlich positionieren sich Experten gerade bei umstrittenen Themen auch politisch, wenn sie innerhalb wissenschaftlicher Debatten eine Lesart wissenschaftlicher Ergebnisse einer anderen vorziehen. Entsprechend ist auch der Prozess der Formulierung von Empfehlungen ein Aushandlungsprozess, wie ich im Folgenden am Beispiel der Expertenkommission für GVO zeigen werde.

Im Interview im Juli 2015 erklärte mir ein Mitglied der Expertenkommission die Funktionsweise des Ausschusses und seine Tätigkeit: Herr Takahashi ist Naturwissenschaftler an einer renommierten japanischen Universität und seit sechs Jahren Mitglied der Expertenkommission für GVO der FSC, die aus insgesamt 14 Mitgliedern besteht. Darüber hinaus ist er Mitglied in einer weiteren Expertenkommission für Lebensmittelsicherheit des MHLW. Herr Takahashi wurde auf Empfehlung eines älteren Kollegen, dem er „noch einen Gefallen schuldet“, in den Ausschuss berufen. Er erhielt damals einen Anruf des Sekretariats der FSC und fühlte sich verpflichtet, den Posten anzunehmen. Die damit verbundene Arbeit selbst empfindet er als „lästig“, weil er einmal im Monat, manchmal öfter zur FSC fahren und vorher „ungefähr 1 kg Unterlagen und zwei, drei CDs mit Daten“ durcharbeiten muss. Lediglich für die Teilnahme an den Sitzungen, die meist etwa drei Stunden dauern, erhält er eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 15.000 JPY.<sup>10</sup> Eine besonders einträgliche Nebentätigkeit sei das nicht.

Die Aufgabe der Expertenkommission besteht laut Herrn Takahashi darin, zu beurteilen, ob eine bestimmte Substanz oder Pflanze sicher sei

---

<sup>9</sup> Um zunächst dem Sicherheitsbedürfnis der japanischen Bevölkerung gerecht zu werden, ordnete das MAFF 2001 BSE-Tests für alle Rinder in Japan an. Die Tests werden bis heute von den Kommunen weitergeführt. Die FSC sprach 2004 eine Empfehlung aus, Tests bei Rindern unter 20 Monaten einzustellen, da Prionen in diesem Alter nicht nachgewiesen werden könnten. Daraufhin reduzierte die japanische Regierung die Fördermittel für die Tests. Obwohl die Kommunen selbst auch nicht an die wissenschaftliche Sinnhaftigkeit glaubten, hielten sie an den Tests fest, um die Bevölkerung zu beruhigen, obwohl die Kosten für die Kommunalverwaltungen sehr hoch sind. Die Abkehr der Regierung von der gefühlten zur wissenschaftlichen Sicherheit, sei, so Yamaguchi (2014: 172) der Bevölkerung nicht kommuniziert worden und habe zu starker Verunsicherung geführt, die die Kommunen teilweise abfangen.

<sup>10</sup> Derzeit (Frühjahr 2016) entspricht dies etwa 120 Euro.

oder nicht. Meist gehe es um die Sicherheit von genetisch verändertem Mais oder Sojabohnen, die auf dem japanischen Markt zugelassen werden sollen. Der Ausschuss überprüfe auf Grundlage der Daten, die der Antragsteller einreicht, „ob die Sicherheit garantiert werden kann oder nicht, und falls Zweifel auftreten, stellen wir Nachfragen oder fordern neue Daten an.“ Weil die Zusammenstellung der Daten sehr teuer sei, könnten sich nur die acht größten Konzerne, die im Bereich GVO tätig sind, die Beantragung von Zulassungen überhaupt leisten, denn die Daten müssten die Unternehmen selbst erheben. In der Regel würden Tierversuche mit Ratten durchgeführt. Außerdem würden Daten zur angebauten Anzahl und dem Standort des Feldes des gentechnisch veränderten Landwirtschaftsproduktes eingereicht. Wenn auf der Basis der vorhandenen Daten keine Entscheidung getroffen werden kann, teile die FSC dies dem MHLW mit. Dieses fordere dann die Antragsteller auf, weitere Unterlagen nachzureichen oder bestellt einen Stellvertreter des Unternehmens in die Sitzung der Expertenkommission ein. Die Kommunikation erfolge aber meist zwischen Antragsteller und MHLW und selten direkt mit der FSC und deren Expertenkommissionen.

In der Sitzung seien die Beamten der FSC federführend. Die Beurteilung der einzelnen Risiken werde unter den Experten je nach Fachgebiet aufgeteilt. Neben der Beurteilung der genetischen Veränderungen in den Organismen selbst, würden z. B. die Folgen für Tiergesundheit, auf das Ökosystem und die menschliche Gesundheit bewertet. In der Regel werde bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln überprüft, ob es schon Erfahrungen und Vergleichsstudien z. B. zum Verzehr anderer Sorten genetisch veränderter Maispflanzen gibt. Die Ausschussmitglieder überprüften dann, inwiefern sich die Daten des zu genehmigenden Produkts von den Vergleichsstudien unterscheiden. Im Zuge der Arbeit in den Expertenkommissionen komme es natürlich auch zu Meinungsverschiedenheiten, aber der Ausschuss müsse sich letztendlich auf eine einheitliche Stellungnahme verständigen. Die finale Entscheidung über eine Zulassung oder Grenzwerte liege beim MHLW, aber „tatsächlich ist es so, dass Fälle, die vom Ausschuss für Lebensmittelsicherheit genehmigt wurden, grundsätzlich genehmigt werden, sobald die FSC das OK gibt“ (Interview Takahashi 2015).

Die Verbraucher würden erst in den Prozess einbezogen, wenn die FSC bereits einen Bericht mit einer Empfehlung formuliert hat. Erst dann werde die Öffentlichkeit über die Homepage der FSC aufgefordert, Kommentare zum Bericht abzugeben. Darin wird erklärt, warum ein Produkt genehmigt werden soll oder einzelne Grenzwerte sicher sind. Zu einem direkten Austausch mit den Bürgern komme es laut Herrn Takahashi aber nicht. Auch die *public comments* bewirkten eigentlich nichts, denn

seit Bestehen der FSC hätten sie noch nie zu einer Änderung, Neubewertung oder nochmaligen Überprüfung einer Risikobewertung geführt (Interview Nakahara 2015). Herrn Takahashi zufolge liege das aber auch daran, dass die Kommentare nicht auf einem wissenschaftlichen Niveau seien, auf das die Experten sinnvoll eingehen könnten:

Die Anzahl von Kommentaren, wie „Ich hasse genetisch veränderte Lebensmittel“ und „Lasst gar keine genetisch veränderten Lebensmittel zu“, ist überwältigend, aber es gibt manchmal auch ernstere Fragen, die an uns herangetragen werden, wie „Ist es wirklich sicher?“ oder „Gibt es bei diesen Daten nicht Grund zur Besorgnis?“. [...] Diese Fragen werden definitiv alle beantwortet. [...] Manchmal, wenn die Mitarbeiter der FSC die Fragen nicht selbst beantworten können, weil sie zu spezifisch sind, konsultieren sie die Mitglieder der Expertenkommissionen. [...] Es gab noch keine Fragen, die ich ernsthaft hätte beantworten müssen. Das waren alles Fragen, die das Sekretariat abfertigen konnte. (Takahashi, 2015)

Während es direkten oder indirekten Kontakt mit den Antragstellern, also der Lebensmittelindustrie gibt, zeigt der Interviewausschnitt, dass die Meinung der Bürger nicht ernst genommen wird, weil es sich aus Sicht der Experten um „nichtwissenschaftliche“ Laienmeinungen handelt. Die *public comments* haben deshalb keinen Einfluss auf Entscheidungen und die Kommunikation mit den Bürgern ist dadurch sehr einseitig. Zusammenfassend zeigen die Erfahrungen und Einschätzungen meiner Informanten: die Ernennung von Ausschussmitgliedern erfolgt auf der Basis persönlicher Empfehlungen der Vorgänger; die Daten, auf deren Basis über die Sicherheit von GVO entschieden wird, stammen von den Unternehmen selbst; mögliche Auswirkungen von GVO auf die menschliche Gesundheit werden auf der Grundlage von Tierversuchen mit Ratten beurteilt. Dazu kommt, dass Empfehlungen der FSC-Expertenkommissionen direkt in Entscheidungen des MHLW übersetzt werden und die Verbraucher so keinen nennenswerten Einfluss auf die Zulassung von GVO und die Bestimmung von Grenzwerten haben.<sup>11</sup>

Laut Yamaguchi (2014) hat mit der Einführung der wissenschaftlichen Risikoanalyse und deren Institutionalisierung in der FSC seit Anfang der

---

<sup>11</sup> Bürgerpartizipation und die Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Verwaltung gestaltet sich auch bei der Zusammenarbeit (*kyōdō*) auf lokaler Ebene nicht immer einfach, allerdings haben Bürger hier in einzelnen Kommunen sehr viel mehr Spielraum bei der Mitgestaltung von Lokalpolitik (vgl. Hüstebeck 2014; Foljanty-Jost et al. 2013). Das gilt insbesondere auch für den Verbraucherschutz (Maclachlan 2002).

2000er Jahre die Bedeutung von Wissenschaftlern in der Regulierung von Lebensmittelrisiken stark zugenommen. Der Einfluss der Politik scheint in diesem Prozess ebenso eingeschränkt wie die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger. Über Standards für und Zulassungen von GVO wird nicht im Parlament abgestimmt, lediglich die sieben Kommissare der FSC werden vom Parlament bestätigt. Die *public comments* haben, wie oben gezeigt, keinen Einfluss auf die Risikobewertung durch die FSC. Entsprechend sind seit der Gründung der FSC Entscheidungen im Bereich Lebensmittelsicherheit kaum noch durch die Öffentlichkeit beeinflussbar. Das zeigt sich auch an anderen Beispielen wie den Grenzwerten für Radionuklide in Lebensmitteln nach der Atomkatastrophe von Fukushima (Kimura 2013).

Verbraucher werden nicht nur von dem hier zitierten Mitglied der Expertenkommission für GVO als inkompetent wahrgenommen. Wynne (1991, 1995) nennt diese negative Repräsentation von Laien durch Wissenschaftler das *deficit model of public understanding of science*. Buschs (2013: 286) Forderung, dass Lebensmittelsicherheitsstandards in Gremien festgelegt werden, in denen sowohl Experten als auch die Öffentlichkeit gleichermaßen aktiv teilnehmen, erfüllt die derzeitige Praxis von FSC und MHLW nicht. Dabei gebe es durchaus verschiedene Möglichkeiten, die Partizipation von Verbrauchern/Bürgern bei der Beurteilung von Risiken von Technologien zu ermöglichen. Vor der Gründung der FSC hatte das MAFF – damals fiel die Regulierung von GVO noch in dessen Aufgabengebiet – mit dem Modell der Konsensus-Konferenz (*konsensasu kaigi* oder *shimin sanko kenkyūkai*) experimentiert. Laien und Experten berieten an zwei Wochenenden gemeinsam über Risiken von GVO und Möglichkeiten der Regulierung. Allerdings hatte das Ergebnis der Konsensus-Konferenz keinen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess und es blieb bei diesem einen Versuch (Nishizawa 2005).

## 5. FAZIT

Da Lebensmittelsicherheitspolitik vor allem von Bürokraten des MHLW und der FSC in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern gemacht wird, die in Expertenkommissionen (*senmon chōsakai*) Empfehlungen geben, kann seit der Gründung der FSC von einer Kontinuität in der Regulierung von GVO ausgegangen werden, die von Regierungswechseln kaum berührt wird. Während in vielen anderen Politikfeldern Beratungsgremien (*shingikai*) existieren, in denen neben Politikern und Bürokraten auch Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft vertreten sind (Schwartz 2001), werden Entscheidungen im Bereich Lebensmittelsicher-

heit vor allem basierend auf den Gutachten der *senmon chōsakai* getroffen. Dadurch werden die im Zuge der administrativen Strukturreformen seit Anfang der 1990er Jahre eingeführten Neuerungen, wie die *public comments*, die für mehr Transparenz und Partizipation der Bürger sorgen sollten, mit dem Verweis auf „Wissenschaftlichkeit“ und die Inkompetenz von Laien ausgehebelt.

Nicht zuletzt wegen dieser bestehenden Defizite des Regulierungsverfahrens, befürchten Kritiker eine weitere Verschlechterung der Situation durch TPP. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, könnte TPP für die Zulassung von und Standards für GVO möglicherweise einige Änderungen mit sich bringen. So könnte eine Risikoanalyse für GVO in Zukunft obsolet werden und bestehende Standards eventuell nur noch daraufhin geprüft werden, ob sie als nicht-tarifäre Handelshemmnisse den Marktzugang erschweren. Damit hätte Abes Freihandelspolitik einen hohen Preis für den Verbraucherschutz. Denn auch wenn Verbraucher im gegenwärtigen Regulierungssystem keinen Einfluss auf die wissenschaftliche Bewertung von Gesundheitsrisiken durch GVO haben, werden diese doch zumindest geprüft. Tatsächlich hat die entsprechende Expertenkommission seit der Gründung der FSC bereits in einigen Fällen die Zulassung von GVO verhindert (FSC 2015).

Da „Abenomics“ bisher nicht zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum beitragen konnte (Tiefenbach 2015: 216), bleibt abzuwarten, ob TPP als dritter Pfeil von „Abenomics“ dies ändern können. Um den Erfolg von TPP vorhersagen zu können, sollte zudem gefragt werden, wer von TPP profitieren wird. Für GVO liegt die Vermutung nahe, dass es, wie Freihandelsgegner weltweit argumentieren, tatsächlich die großen transnationalen Konzerne der Agrar- und Lebensmittelbranche sein werden. Schon jetzt sind zahlreiche GVO-Lebensmittel und auf GVO basierende Zusatzstoffe großer Konzerne der Lebensmittel- und Agrarindustrie auf dem japanischen Markt zugelassen (FSC 2015). Das dürfte unter TPP noch einfacher werden, sollte die verpflichtende Risikoanalyse als nicht-tarifäres Handelshemmnis wegfallen. Die Probleme bei der Regulierung von Lebensmittelsicherheit begannen aber, wie ich gezeigt habe, nicht erst mit Abschluss des TPP-Vertrags, den Shinzō Abe noch vom japanischen Parlament ratifizieren lassen muss. Den Weg dafür haben bereits die Strukturreformen der 1990er Jahre geebnet, die vor allem eine Reaktion auf die von der OECD geforderten Reformen zugunsten einer Marktöffnung waren (OECD 2004; Chan 2008). Dazu gehört auch die Gründung der FSC, die Teil des von der WTO angeregten Prozesses der internationalen Harmonisierung von Lebensmittelsicherheitsstandards und Zulassungsverfahren für Lebensmittel ist (Yamaguchi 2014). Abe hat mit der Unterschrift unter den TPP-Vertrag nicht die Lebensmittelregu-

lierung selbst, aber deren Rahmenbedingungen verändert und sich damit über die Proteste von Verbrauchern ebenso hinweggesetzt, wie über Proteste gegen die Wiederanschaltung der Atomkraftwerke (Kingston 2013). Unter der Regierung Abe ist daher eine Zunahme an Partizipationsmöglichkeiten für Verbraucher im Bereich Lebensmittelsicherheit nicht zu erwarten.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Busch, Lawrence (2013): *Standards. Recipes for reality*. Cambridge: MIT Press.
- Chan, Jennifer (2008): *Another Japan is possible: New social movements and global citizenship education*. Stanford: Stanford University Press.
- Chen, Mei-Fang (2008): Consumer trust in food safety – A multidisciplinary approach and empirical evidence from Taiwan. *Risk Analysis* 28 (6): 1553–1569.
- Cooper, William H. und Manyin, Mark E. (2012): Japan's possible entry into the Trans-Pacific Partnership and its implications. *CRS Report for Congress*. <http://www.fas.org/sgp/crs/row/R42676.pdf> (letzter Zugriff am 13.10.2013).
- Europäisches Parlament (2015): Sechs Dinge, die Sie über GVO wissen sollten. <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20151013STO97392/Sechs-Dinge-die-Sie-%C3%BCber-GVO-wissen-sollten> (letzter Zugriff am 11. 4.2016).
- FAO/WHO (2006): Food Safety risk analysis: a guide for national food safety authorities. <http://www.fao.org/docrep/012/a0822e/a0822e.pdf> (letzter Zugriff am 27.12.2015).
- Foljanty-Jost, Gesine, Haufe, Karoline und Aoki, Mai (2013): *Bürger als Partner: Kooperative Demokratie in japanischen Kommunen*. Wiesbaden: Springer VS.
- FSC (2015): Genetically modified foods: Risk assessment by risk manager's mandate. [http://www.fsc.go.jp/englishevaluationsreports/newfoods\\_gm-e1.html](http://www.fsc.go.jp/englishevaluationsreports/newfoods_gm-e1.html) (letzter Zugriff am 20.1.2016).
- Hartmann, Peter J. (2003): *Konsumgenossenschaften in Japan: Alternative oder Spiegelbild der Gesellschaft? Entwicklungen und Strukturen am Beispiel der Präfektur Ōsaka*. München: Iudicium.
- Horn, Henrik, Mavroidis, Petros C. und Sapir, André (2010): Beyond the WTO? An Anatomy of EU and US Preferential Trade Agreements. *The World Economy* 33 (11): 1565–1588.
- Hüstebeck, Momoyo (2014): *Dezentralisierung in Japan. Politische Autonomie und Partizipation auf Gemeindeebene*. Wiesbaden: Springer VS Forschung.
- Kadomatsu, Narufumi (2011): *Accountability of administration in Japan after the mid-1990s*. [https://sydney.edu.au/law/anjel/documents/2011/ZJapanR31\\_06\\_Kadomatsu\\_Endf1\\_GrN4.pdf](https://sydney.edu.au/law/anjel/documents/2011/ZJapanR31_06_Kadomatsu_Endf1_GrN4.pdf) (letzter Zugriff am 12.1.2016).
- Kingston, Jeff (2013): Nuclear power politics in Japan, 2011–2013. *Asian Perspective* 37: 501–521.
- Kropp, Cordula und Wagner, Jost (2010): Knowledge on stage: Scientific policy advice. *Science, Technology, & Human Values* 35 (6): 812–838.

- Maclachlan, Patricia L. (2006): Global trends vs. local traditions: Genetically modified foods and contemporary consumerism in the United States, Japan, and Britain. In: Maclachlan, Patricia L. und Garon, Sheldon (Hg.): *The ambivalent consumer. Questioning consumption in East Asia and the West*. Ithaca and London: Cornell University Press: 236–259.
- (2002): *Consumer politics in postwar Japan. The institutional boundaries of citizen activism*. New York: Columbia University Press.
- MAFF (Ministry of Agriculture, Fisheries, and Forestry) (2013): *Heisei 24 nendo shokuryō jikyūritsu nitsuite* [Über die Lebensmittelselbstversorgungsrate im Jahr 2012]. <http://www.maff.go.jp/j/press/kanbo/anpo/130808.html> (letzter Zugriff am 20.9.2014).
- MHLW (Ministry of Health, Labor, and Welfare) (2010): *Idenshi kumikae shokuhin no anzensei nitsuite* [Über die Sicherheit genetisch veränderter Lebensmittel]. <http://www.mhlw.go.jp/topics/idsenshi/dl/h22-00.pdf> (letzter Zugriff am 12.12.2015).
- N.N. (15.10.2015): Japan restarts second nuclear reactor despite public opposition. *Guardian* <http://www.theguardian.com/world/2015/oct/15/japan-restarts-second-nuclear-reactor-despite-public-opposition> (letzter Zugriff am 23.1.2016).
- Naikakufu Kantei TPP Seifu Taisaku Honbu (2015): *Kantaiheiyō pātonāshipu kyōtei (TPP kyōtei) no gaiyō* [Überblick über das Transpazifische Partnerschaftsabkommen (TPP-Abkommen)]. [http://www.cas.go.jp/jp/tpp/pdf/2015/10/151005\\_tpp\\_gaiyou\\_koushin.pdf](http://www.cas.go.jp/jp/tpp/pdf/2015/10/151005_tpp_gaiyou_koushin.pdf) (letzter Zugriff am 30.12.2015).
- Nihon Shōhisha Renmei (2015): *TPP ōsuji gōi ni kōgi shi, TPP soshi undō o kyōryoku ni susumemasu* [Wir protestieren gegen den TPP-Vertrag und stärken weiterhin die Anti-TPP-Bewegung]. [http://nishoren.net/international\\_trade/tpp/7593](http://nishoren.net/international_trade/tpp/7593) (letzter Zugriff am 29.12.2015).
- Nishizawa, Mariko (2005): Citizen deliberations on science and technology and their social environments: Case study on the Japanese consensus conference on GM crops. *Science and Public Policy* 32 (6): 479–489.
- Nōminren (2015): *Danwa: TPP ōsuji gōi ni manshin no okori o komete kōgi shi, gōitekkai o yōkyū suru* [Kommentar: Wir protestieren voll Wut gegen den gemeinsamen TPP-Vertragstext und fordern Japans Widerruf des Einverständnisses]. [web.kamogawa.ne.jp/~nm-tpc/danwa/20151006\\_TPP\\_danwa.pdf](http://web.kamogawa.ne.jp/~nm-tpc/danwa/20151006_TPP_danwa.pdf) (letzter Zugriff am 29.12.2015).
- OECD (2004): *OECD Reviews of Regulatory Reform Japan. Progress in Implementing Regulatory Reform*. <http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/4204101e.pdf?expires=1456949833&id=id&accname=ocid54016459&checksum=F1432435AC09F5F02669057CC5FBDBB2> (letzter Zugriff am 19.1.2016).
- Oyamada, Kenji (15.10.2015): Oshiete! TPP 4: Shoku no anzen wa mamorareru no? [Informiert uns! TPP 4: Kann die Sicherheit von Lebensmitteln gewährleistet werden?], *Asahi Shinbun*: 7.
- Papametriou, Theresa (2014): *Restrictions on genetically modified organisms: European Union*. <http://www.loc.gov/law/help/restrictions-on-gmos/eu.php> (letzter Zugriff am 27.9.2015).
- Rafferty, Kevin (20.10.2015): Too early for TPP cheers. *Japan Times*. <http://www.japantimes.co.jp/opinion/2015/10/20/commentary/worldcommentary/too-early-for-tpp-cheers/#.VmaqH0bJ5NU> (letzter Zugriff am 12.12.2015).
- Reiher, Cornelia (2015): Lebensmittelstandards als „Black Box“: Diskurse über Lebensmittelsicherheit und das Transpazifische Freihandelsabkommen in Japan.

- In: Reiher, Cornelia und Sippel, Sarah Ruth (Hg.): *Umkämpftes Essen – Produktion, Handel und Konsum von Lebensmitteln in globalen Kontexten*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht: 172–195.
- Sato, Kyoko (2007): *Meaning of genetically modified food and policy change and persistence: The cases of France, Japan and the United States*, PhD Thesis: Princeton University.
- Schwartz, Frank J. (2001): *Advice and consent. The politics of consultation in Japan*. Cambridge University Press: Cambridge.
- Suppan, Steve (2015): *The TPP SPS chapter: Not a ,model for the rest of the world‘*. [http://www.iatp.org/files/2015\\_12\\_03\\_TPP\\_SPS\\_SS.pdf](http://www.iatp.org/files/2015_12_03_TPP_SPS_SS.pdf) (letzter Zugriff am 13.12.2015).
- Tiefenbach, Tim (2015): Eine Frage der Zeit: Das Scheitern von Abenomics. In: Chivavacci, David und Wiczorek, Iris (Hg.): *Japan 2015*. 197–215. USTR (2015): *TPP full text*. <https://ustr.gov/trade-agreements/free-trade-agreements/trans-pacific-partnership/tpp-full-text> (letzter Zugriff am 21.12.2015).
- Wynne, Brian (1993): „Public Uptake of Science: A Case for Institutional Reflexivity“, *Public Understanding of Science* 2, 4: 321–337.
- (1989): Sheepfarming after Chernobyl: A case study in communicating scientific information. *Environment: Science and Policy for Sustainable Development* 31 (2): 10–39.
- Yamaguchi, Tomiko (2014): Social imaginary and dilemmas of policy practice: The food safety arena in Japan. *Food Policy* 45: 167–173.
- Yamaguchi, Tomiko and Suda, Fumiaki (2010): Changing social order and the quest for justification: GMO controversies in Japan. *Science, Technology and Human Values* 35: 382–407.
- Yamashita, Kazuhito (2015): *An evaluation of the TPP*. [http://www.canonigs.org/en/column/macro-economics/20151130\\_3384.html](http://www.canonigs.org/en/column/macro-economics/20151130_3384.html) (letzter Zugriff am 13.1.2016).
- Yasuda, Mie (2012): *Saru demo wakaru TPP* [TPP für Dummies]. Tokyo: Gōdō Shuppan.